

SZ 25.10.16

Europäische Republik als Utopie

BRAUERSDORF Ulrike Guérot offenbarte auf Hohenroth Vision eines Netzwerks der Regionen

Verein Waldland Hohenroth und Regionalforstamt luden Politikwissenschaftlerin zum siebten Salongespräch.

hema ■ Was Ulrike Guérot fordert, ist nicht weniger als ein Europa, in dem alle Bürger gleich vor dem Recht sind. Gleichheit, so kritisierte die Gründerin und Direktorin des „European Democracy Lab“ beim siebten Salongespräch auf Hohenroth am Samstagabend, sei in der EU bei Themen wie Wahlrecht, Steuern oder sozialem Recht nicht gegeben. Für die promovierte Politikwissenschaftlerin Grund genug, die Dekonstruktion der Nationalstaaten und die Gründung einer europäischen Republik zu fordern.

In ihrem im vergangenen April erschienenen Buch „Warum Europa eine Republik werden muss!“ denkt Guérot Europa neu. Statt der Brüsseler Trilogie aus Rat, Kommission und Parlament plädiert sie für ein republikanisches Zwei-Kammern-System mit europäischem Abgeordnetenhaus und Senat sowie einem direkt gewählten Präsidenten. Die Dekonstruktion der Nationalstaaten soll dabei aber kein Kulturraub sein, vielmehr soll ein Netzwerk europäischer Regionen geschaffen werden, das dafür sorgt, dass EU-Bürger von Portugal bis Griechenland zu gleichem Recht kommen. „Das Alltägliche bleibt in der Provinz und den Metropolen, das Große geht an die Republik.“ So könne die europäische Demokratie der Zukunft aussehen, beschreibt die Europa-Expertin ihre Vorstellungen. Solange man die Bürger der 28 EU-Mitgliedsländer in Konkurrenz stelle, könne kein europäisches Wir-Gefühl einkehren.

Mit Entsetzen in der Stimme ärgert sich Guérot, die 20 Jahre in Think Tanks in Paris, Brüssel, London, Washington und Berlin arbeitete, über den „Bild-Zeitungs-Chauvinismus“ der vergangenen Jahre



„European Democracy Lab“-Gründerin Ulrike Guérot erklärte im Gespräch mit SZ-Redakteur Dirk Manderbach ihre Vision einer europäischen Republik. Foto: hema

vom faulen Griechen und fleißigen Deutschen. In ihrer politischen Utopie eines Europas des gleichen Rechts stecke auch ihre persönliche Wut über die Verfehlungen der EU in den vergangenen Jahren. Viele der nationalen Parlamentarier, mit denen sie gesprochen habe, hätten schlicht keine Lust, über europäische Politik zu reden. Die Bürger Europas hätten ihr auf ihren Reisen auf dem Kontinent hingegen ein anderes Bild vermittelt: „70 Prozent der europäischen Bürger wollen Europa. Niemand möchte Populismus, Nationalismus, Rückfall in Nationalstaatlichkeit. Aber die meisten wollen nicht mehr diese EU: dieses Regieren, Binnenmarkt, dieses Trockene, Technokratische!“

Besonders die Jugend Europas, deren Stimme für Guérot zu wenig Gehör findet, sehne sich nach einem vereinten Europa, in dem die Souveränität bei den Bürgern und nicht bei den Nationalstaaten läge.

Der Brexit im Sommer habe allen einen Blick in den Abgrund gewährt, trotzdem fürchtet die Professorin, die schon Teil der offiziellen Delegation von Bundespräsident Joachim Gauck war, nicht das Ende Europas: „Die EU ist nicht Europa, und Europa kann nicht scheitern.“

Kritischen Fragen zur Sicherheit Europas und Deutschlands im Zuge der Flüchtlingskrise, die das Publikum im Anschluss an das von SZ-Redakteur Dirk Manderbach geführte Interview stellte, begegnete Guérot mit Gelassenheit und Weitsicht. „Sicherheit ist kein Wert. Die Menschen, die wir verehren, wollten keine Sicherheit, sondern Freiheit.“ Wer sich schützen wolle, müsse teilen. Für ein gemeinsames Europa müsse auch Deutschland ein Opfer bringen: Den Verzicht auf das Privileg, die besten Europäer sein zu wollen.